

Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › [Staatskanzlei](#) › [Bayern in Berlin](#) › [Plenarsitzungen im Bundesrat](#)

# Bundesratssitzungen

## Sitzung des Bundesrates am 10. Juni 2022

10. Juni 2022



Staatsminister Dr. Florian Herrmann (rechts) begrüßte den neuen hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein (links)

**100 Mrd. Euro zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit:** Der **Bundesrat** machte mit der **Zustimmung zur Änderung des Grundgesetzes** und der **Billigung eines Finanzierungsgesetzes** den Weg frei für die **Errichtung eines Bundeswehr-Sondervermögens**. Damit sollen **Investitionen in die Bundeswehr**, die durch den russischen Angriffskrieg und die dadurch veränderte Sicherheitslage notwendig wurden, sowie die **Erreichung des 2 %-Ziels der NATO sichergestellt** werden.

**Bayerns Bundesratsminister und Leiter der Staatskanzlei Dr. Florian Herrmann** begrüßte die Neuregelung als einen guten Tag für die Bundeswehr, forderte jetzt aber eine schnelle und schlagkräftige Ausstattung der Bundeswehr.



- [zum Video](#)
- [zur Rede](#)

Mit der Errichtung des Sondervermögens werden weite Teile der Forderungen der **Staatsregierung** erfüllt, welche Bayern im Rahmen einer **Initiative für ein 10-Punkte-Sofortprogramm zur Neuausrichtung der Bundeswehr und Reform der Sicherheitsarchitektur** in die Länderkammer eingebracht hatte. **Staatsminister Dr. Florian Herrmann** hatte den Entschließungsantrag im **Bundesratsplenum** am **11. März 2022** vorgestellt.



Ulrike Scharf, Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales

Von **Bayern abgelehnt** wurde die Einführung eines **Sanktionsmoratoriums in der Grundsicherung für Arbeitssuchende**. Danach soll z.B. für Hartz IV-Empfänger ein einjähriges Sanktionsmoratorium bei **Pflichtverletzungen** wie fehlender Mitwirkung bei der Arbeitssuche gelten. **Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf** begründete die **Ablehnung** und verwies darauf, dass mit der Neufassung der dem System der sozialen Sicherung in Deutschland zugrundeliegende **Grundsatz des „Fördern und Fordern“** aufgehoben und die **Solidarbereitschaft der Steuerzahler** überdehnt werde. Anstelle eines praxisfernen Sanktionsmoratoriums als Zwischenschritt forderte sie eine **umfassende Neuregelung mit rechtssicher definierten Sanktionsmöglichkeiten**.

- [zum Video](#)
- [zur Rede](#)

- [zu den Voten](#)

